



„Unsere Wirtschaft ist auf niedrigeres oder gar Nullwachstum nicht eingestellt. Wachstumsstillstand bedeutet Massenarbeitslosigkeit und damit den wirtschaftlichen Zusammenbruch der Bundesrepublik Deutschland.“

Finanzminister Hans Matthöfer, Wege aus der Wohlstandsfalle, 1980

Wachstumsdrang oder Wachstumswang?

Von den Ursachen und Hintergründen eines Dilemmas

Von HELMUT CREUTZ

Jeder weiß, dass es in der Natur für jedes Wachstum eine optimale Obergrenze gibt – kein Baum wächst in den Himmel und kein Mensch über das 20. Lebensjahr hinaus. Jeder weiß aber auch, dass man bei gleich bleibender Leistung und gleich bleibendem Einkommen nicht ärmer werden kann. Im Gegenteil: Auch ohne zusätzliches Wirtschaftswachstum nimmt die Menge der Gebäude, Autos und sonstigen Produkte im gleichen Umfang zu wie in diesem Jahr! Das heißt, auch bei gleich bleibender Wirtschaftsleistung kann jeder weiterhin Jahr für Jahr seine langlebigen materiellen und kulturellen Güter und damit seinen Wohlstand vermehren, bei Produktivitätssteigerungen sogar mit laufend sinkender Arbeitszeit. Und wem der erreichte Versorgungsstand genügt, kann man ihn sogar mit ständig verkürzten Arbeitszeiten aufrechterhalten!

Warum drohen uns aber Politiker und Ökonomen Verluste an, wenn sich die Wirtschaftsleistung stabilisiert und damit ein „Nullwachstum“ ins Haus steht? Warum rufen Unternehmerverbände und Gewerkschaften unisono nach Wirtschaftswachstum und warum wagen selbst die Grünen kaum noch auf die damit verbundenen Umweltfolgen hinzuweisen? Welche Ursache gibt es für dieses seltsame Verhalten?

Weiter hilft in dieser Frage ein zweites Zitat aus den 1970er Jahren, diesmal von dem damaligen Bundesminister Volker Hauff. Denn er bezieht die Notwendigkeit ständigen Wachstums speziell auf „ein kapitalistisches Wirtschaftssystem“, das „sich ständig ausweiten muss“. – Aber warum ist das bei einem solchen System der Fall?

Was heißt überhaupt Kapital und „kapitalistisches Wirtschaftssystem“?

Als Kapital bezeichnet man im allgemeinen alle in der Wirtschaft eingesetzten Geld- und Sachvermögenswerte. Neben Arbeit und Boden wird Kapital darum häufig auch als dritter Produktionsfaktor genannt. Dabei gibt es in Wirklichkeit nur einen Produktionsfaktor, nämlich die menschliche Arbeit, alles andere sind nur Hilfsmittel dazu! Da man jedoch die Zurverfügungstellung des Kapitals als eine Leistung ansieht, die zu belohnen ist, steht nach heutiger Auffassung auch den Verfürgern dieser Kapitalwerte ein entsprechendes Einkommen zu. Und da dieses Kapitaleinkommen auf Grund

vorab festgelegter Ansprüche, resultierend aus Menge mal Zinssatz, immer den Erstananspruch an die erwirtschaftete Leistung hat, kann man ein solches vom Kapital dominiertes Wirtschaftssystem als „kapitalistisches“ bezeichnen.

Die Berechnung dieser Kapitalansprüche bezieht sich also auf alle in der Wirtschaft eingesetzten Vermögenswerte. Bei den Geldvermögen, die als Schulden in den Sachvermögen stecken, lassen sich diese Ansprüche an Hand der Zinsen besonders leicht erfassen. Und weil diese Geldvermögen heute einen ständig positiven Zins erhalten können, beanspruchen auch alle Sachkapitalbesitzer eine solche Belohnung, und zwar zu Recht. Denn schließlich sind alle Sachkapitalien und in den meisten Fällen auch der Boden durch die Hergabe von Geld erworben bzw. mit Geld finanziert worden! Und wer würde wohl sein Geld für eine solche Finanzierung von der Bank abheben, wenn er nicht wenigstens soviel Rendite aus der Investition erwarten kann, wie er sie vorher – weitgehend ohne Arbeit und Risiko – von der Bank erhalten hat? Das aber bedeutet, der jeweils zu erzielende Geldvermögenszins bestimmt auch die zu erzielende Verzinsungshöhe aller Sachkapitalanlagen und damit die Mindest-Einkommenserwartungen der Kapital-Eigentümer!

Ausgehend von dieser Gleichsetzung der so genannten Produktionsfaktoren, wird jedes Jahr das Ergebnis des Wirtschaftens zwischen Kapital und Arbeit aufgeteilt. Dazu gehören die Einkommens-Anteile aus unselbständiger Arbeit (zu denen auch die Managergehälter gehören). Schwieriger ist der Erfassung der Unternehmerlöhne, die – wie die Verzinsung des schuldenfreien Eigenkapitals – meist in den Unternehmensergebnissen untergehen. Obwohl im 19. Jahrh. Kapitalgeber und Unternehmer noch weitgehend in den gleichen Personen vereinigt waren, hat schon Karl Marx auf diese notwendige Unterscheidung zwischen Unternehmer- und Kapitalgeberrolle mehrfach hingewiesen. So schreibt er im dritten Band des „Kapital“ auf Seite 393: „Im Gegensatz zum Zins stellt sich ihm (dem Unternehmer) also sein Unternehmergewinn dar als unabhängig vom Kapitaleigentum, vielmehr als Resultat seiner Funktion als Nichteigentümer, als – A r b e i t e r.“

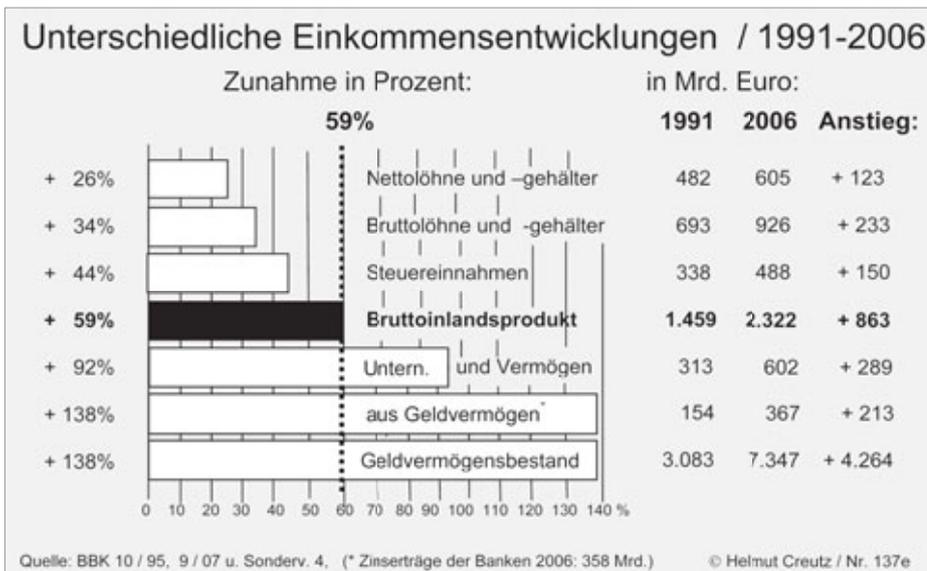
Neben Arbeit und Kapital wird oft der Staat als Dritter im Bunde der Einkommensbezieher genannt. In Wirklichkeit >

ist der Staat jedoch an dieser Verteilung direkt nicht beteiligt, sondern greift weitgehend nur im Nachhinein auf diese beiden Einkommens-Beziehergruppen zurück. Beim Kapital bekanntlich mit eher nachlassendem Erfolg, bei der Arbeit dafür umso gründlicher.

Was geschieht bei Leistungssteigerungen?

Wird unter den vorgenannten Prämissen die Leistung einer Volkswirtschaft gesteigert, z.B. um 2% im Jahr, dann könnten also Kapital und Arbeit (und damit indirekt auch der Staat) jeweils zwei Prozent mehr erhalten, ohne dass es zu irgendwelchen Verteilungsspannungen kommt. Würde dagegen einer der Beteiligten einen höheren Einkommensaufschlag als 2% verlangen, müssten sich die anderen zwangsläufig mit weniger Zuwachs zufrieden geben.

Dass diese eigentlich selbstverständliche gleiche Aufteilung der Zuwächse in unserer Wirklichkeit leider nicht gegeben ist, geht aus der *Darstellung 1* hervor. In ihr werden die Entwicklungen der wichtigsten Verteilungsgrößen von 1991 bis Ende 2006 miteinander verglichen, sowohl in ihren prozentualen Zuwachsraten als auch in ihren nominellen Werten.



Darstellung 1

Wie daraus hervorgeht, ist die nominelle Wirtschaftsleistung, gemessen an der Größe des Bruttoinlandsprodukts (BIP), in den 15 Jahren um 59% gesteigert worden, die Steuereinnahmen des Staates aber nahmen nur um 44% zu. Noch mehr blieben mit 34% Zuwachs die Bruttolöhne hinter dem Wirtschaftswachstum zurück und mit 26% noch deutlicher die

Nettogrößen! Oder anders ausgedrückt: Obwohl weitgehend von den abhängig Beschäftigten erbracht, sind die Leistungssteigerungen bei ihnen nur zu einem Bruchteil angekommen! Die Einkommen aus „Unternehmertätigkeit und Vermögen“ sind dagegen in den 15 Jahren um 92% gestiegen und damit ein gutes Drittel mehr als die Wirtschaftsleistung. Als völliger Ausreißer und mit einem Zuwachs von 138% zeichnen sich dagegen die Entwicklungen bei den Geldvermögen ab, die praktisch mit dem Umfang der Verschuldung unserer Volkswirtschaft identisch sind.

Geht man von einer gleich bleibenden Verzinsung aus (mangels genauer statistischer Zahlen hier mit 5% angesetzt), dann sind auch diese Geldvermögenseinkommen um 138% und damit zweieinhalb Mal so stark wie die Wirtschaftsleistung angestiegen! In absoluten Zahlen betrachtet, nahmen sie mit einem Plus von 213 Mrd. Euro fast im gleichen Umfang zu wie die gesamten Bruttolöhne der 32 Mill. Arbeitnehmer! Wären sowohl diese Geldvermögenseinkommen als auch die aus Unternehmertätigkeit und dem schuldenfreien Sachvermögen nur im Gleichschritt mit der Wirtschaftsleistung angestiegen, also um 59%, dann wäre die volkswirtschaftliche Belastung im Jahr 2006 um 226 Mrd. Euro (!) geringer gewesen! Dieser Betrag hätte nicht nur gereicht für einen wachstumsgerechten Anstieg der Bruttolöhne um 59%, sondern auch für den der Steuereinnahmen!

Wie haben sich die Einkommen langfristig entwickelt?

Nun könnte man annehmen, dass diese extremen Unterschiede in den Einkommensgrößen der letzten 15 Jahre eine Ausnahmeerscheinung sind, ausgelöst durch den Siegeszug des Neoliberalismus oder der Globalisierung. Zieht man aber statt der letzten 15 Jahre die 50 Jahre von 1955 bis 2005 zum Vergleich heran (siehe

Tabelle 1), dann zeigt sich, dass diese unterschiedliche Entwicklung zwischen Kapital- und Arbeitseinkommen unsere Wirtschaftsentwicklung schon von Anfang an begleitet hat. Das bestätigen, neben den eingetragenen nominellen Werten in Euro, auch die jeweils in Klammern gesetzten Werte in Prozent des jeweiligen BIP.

Entwicklung realwirtschaftlicher Größen von 1955-2005 – in Mrd. Euro (Klammerzahlen = Prozent des jeweiligen BIP)			
	1955	2005	Anstieg
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	91,9 (100%)	2.322 (100%)	x 25
Volkseinkommen:	72,7 (79%)	1.751 (75%)	x 24
Bruttolöhne und -gehälter:	37,9 (41%)	926 (40%)	x 26
Nettolöhne und -gehälter:	32,6 (35%)	605 (27%)	x 19
Steueraufkommen:	21,6 (24%)	488 (22%)	x 21
Einnahmen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen:	29,3 (32%)	546 (24%)	x 19
Monetäre Größen zum Vergleich:			
Geldvermögen:	85,5 (93%)	7.347 (301%)	x 96
Einlagen bei Banken:	47,0 (51%)	5.516 (235%)	x 117
Zinserträge der Banken:	2,9 (3%)	358 (15%)	x 123
Quellen: BBK: 40 Jahre Deutsche Mark - Sonderveröffentlichung 4 - Monatsberichte BMAS: Statistisches Taschenbuch 1978 und 2006, eigene Umrechnungen in %			

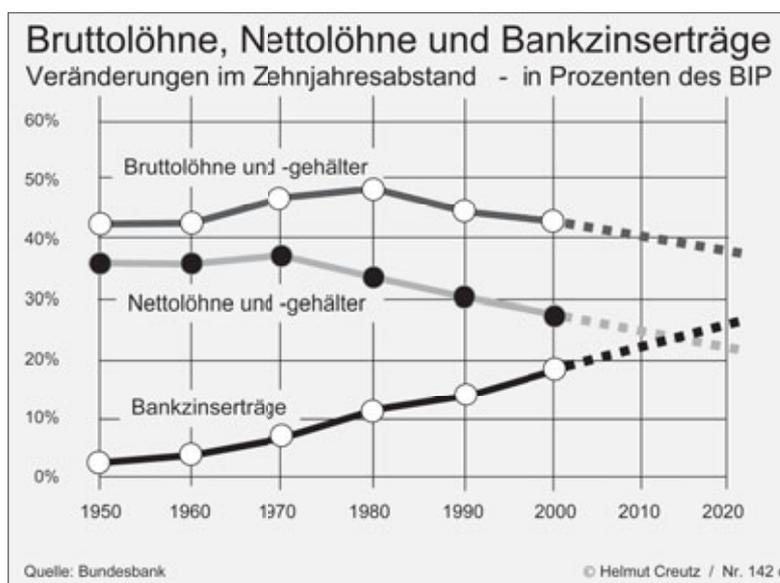
Tabelle 1

Vergleicht man die Anstiegsquoten der realwirtschaftlichen Größen in der Tabelle, dann wird sichtbar, dass diese nahe beieinander liegen. Allerdings wird bei diesem Vergleich verdeckt, dass die Zahl der abhängig Beschäftigten an den gesamten Erwerbstätigen von 69 auf 89% und damit fast um eine Drittel angestiegen ist, während sich die Zahl der Selbständigen halbiert hat. Pro Kopf bezogen sind also die Löhne deutlich hinter dem Anstieg der Wirtschaftsleistung zurück geblieben, während die Pro-Kopf-Bezüge aus Unternehmens- und Vermögenseinkommen aufs Doppelte stiegen!

Völlig aus dem Rahmen fallen auch in dieser Tabelle die fast explosiven Anstiegsquoten der drei monetären Vergleichsgrößen. Zwar handelt es sich bei den Geldvermögen bzw. Bankeinlagen um jährlich akkumulierende Bestandsgrößen, doch diese überproportional zunehmenden Bestandsgrößen sind auch der Schlüssel für die sich jährlich wiederholenden Zinslast- und Zinsertragsgrößen! Das heißt, diese geldbezogenen Kapitalkosten (in der Tabelle nur mit den von der Bundesbank jährlich ausgewiesenen Zinserträgen der Banken wiedergegeben!) steigen im Gleichschritt mit diesen Geldvermögen und Schulden Jahr für Jahr weiter an! Will man die gesamten Zins- bzw. Kapitalbelastungen unserer Volkswirtschaft ermitteln, dann muss man diesen aufs Geld bezogenen Kosten noch einmal jene für das schuldenfreie Sachkapital hinzurechnen! Nimmt man auch noch die Renten aus dem

schuldenfreien Bodenkapital hinzu, dann ergibt sich ein Gesamtbetrag, der die in der Tabelle genannten Bankzinsgrößen mindestens noch einmal um die Hälfte übersteigt!

Besonders deutlich wird die sich daraus ergebende ständig wachsende Einkommens-Umverteilung und deren Folgen, wenn man – wie in der *Darstellung 2* – den Entwicklungen der Löhne einmal jene der Bankzinsen gegenüberstellt, wiedergegeben im Zehnjahresabstand und umgerechnet in Prozent des jeweiligen BIP.



Darstellung 2

>

Die sich in den ersten Jahrzehnten abzeichnenden Anstiege der Bruttolöhne sind dabei nicht die Folge von Lohnanhebungen, sondern die der bereits genannten Verschiebungen innerhalb der gesamten Erwerbstätigenzahlen in den ersten Jahrzehnten. Die danach bei den Nettolöhnen ab 1970 einsetzenden Rückgänge der Lohnanteile von 37 auf 27% des BIP sprechen für sich, vor allem, wenn man die gegenläufige Entwicklung der Bankzinserträge damit vergleicht! Alleine diese über die Banken abgewickelten Kapitalkosten lagen im Jahr 2000, mit 370 Mrd. Euro bereits bei zwei Drittel der Nettolohngröße von 569 Mrd.! Wenn die Entwicklung so weiter geht – und nichts deutet auf eine Veränderung dieser Gegebenheiten hin – dann müssen sich die beiden Größen zwischen 2010 und 2020 überschneiden! Konkret: Die Zinserträge der Banken werden dann höher sein als die Nettolöhne!

Wie wirkt sich dieses Wachstum der Kapitalerträge aus?

Die problematischen Effekte dieser Einkommens-Verschiebungen innerhalb der zur Verteilung anstehenden Gesamteinkommen, werden durch die zunehmende Konzentration der Vermögen und der Zinseinkommen bei einer Minderheit noch zusätzlich verstärkt. So verfügt nach den Erhebungen des Statistischen Bundesamtes die ärmere Bevölkerungshälfte nur über 4% der Geldvermögen und die reichere über 96% (obwohl bei diesen Stichproben-Erhebungen die reichsten hunderttausend Haushalte noch nicht einmal erfasst werden!). Aber auch innerhalb dieser erfassten reicheren Hälfte konzentriert sich das Vermögen immer mehr bei dem reichsten Zehntel der Haushalte. Mit diesen zunehmenden Vermögenskonzentrationen erklären sich auch die Diskrepanzzunahmen zwischen Arm und Reich in unserer Gesellschaft, trotz ständigen Wirtschaftswachstums!

Ursache dieser extremen Zunahmen und Konzentrationen der Geldvermögen und Zinsströme ist letztlich der Zins- und Zinseszinsseffekt! Selbst die Deutsche Bundesbank schrieb bereits im Oktober 1993 von der „Selbstalimentation der Geldvermögen“ und davon, dass diese Zinsgutschriften bereits „bei 80% der Neuersparnisse liegen“! Und diese aus den Überentwicklungen der Ersparnisse resultierenden jährlich zunehmenden Ansprüche müssen unausweichlich erfüllt werden und zwar unabhängig davon, ob die Wirtschaft ausreichend, unzureichend oder überhaupt nicht gewachsen ist! Das heißt, je geringer das Wachstum der Wirtschaft ist, umso dramatischer wirken sich die Folgen dieser Kapitalansprüche – und hier vor allem die des Geldkapitals – bei der Verteilung der Einkommen aus!

Die Folgen in Wirtschaft und Gesellschaft

Auf Grund dieser Vorrangstellung der Bedienung des Geldkapitals und seiner ständig wachsenden Ansprüche, bleiben für die zumeist hoch verschuldeten Unternehmen als

Ausgleich zunehmend nur noch Einsparungen im Bereich der Löhne und der Investitionen übrig. Oder sie müssen versuchen, mit gleichen Arbeitskosten die erzeugten Produktionsmengen zu steigern! In beiden Fällen kommt es zu einem Rückgang der Massen-Kaufkraft und damit zu Schwierigkeiten, die vermehrten Produktmengen abzusetzen. Die Kaufkraft ist zwar weiterhin vorhanden, sammelt sich aber immer mehr bei jenen Haushalten, die über keinen entsprechenden Bedarf mehr verfügen und deshalb mit ihren Einkommens- bzw. Ersparnis-Überschüssen die Wirtschaft zu erneuten Schuldenaufnahmen zwingen.

Auch die Möglichkeiten des Staates zur Förderung der Konjunktur schwinden immer mehr, wie man an den rückläufigen Investitionen und dem eklatanten Abbau der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst erkennen kann. Und an diesem Dilemma hat auch der ganze staatliche Schuldenaufbau in den letzten 35 Jahren nichts verändert. Im Gegenteil! Denn addiert man die aufgenommenen Schulden und die in der gleichen Zeit gezahlten Zinsen, dann kommt man auf fast die gleiche Summe von 1.500 Mrd. Euro! Das heißt, die aufgenommenen Kredite wurden weder für Investitionen noch für die Beschäftigung öffentlich Bediensteter eingesetzt, sondern flossen in voller Höhe in den Zinsendienst! Das heißt konkret: Die ganzen Verschuldungen haben unter dem Strich lediglich die reichere Haushaltsminderheit, die ihr übriges Geld dem Staat geliehen hat, auf Kosten der Mehrheit um diese 1.500 Mrd. Euro reicher gemacht!

Die relativ größten Verlierer bei diesem Zins-Monopoly sind die Haushalte ohne nennenswerte Ersparnisse, da bei diesen die mit jedem ausgegebenen Euro gezahlten Zinsen nicht durch eigene Zinserträge gemildert werden. Denn über diesen Umverteilungs-Mechanismus zahlen inzwischen alle Haushalte mit jedem ausgegebenen Euro im Durchschnitt mindestens 40 Cent in den Zins- Umverteilungstopf ein, mit den Mieten sogar 60 bis 80%. Der Schlüssel für die Rückverteilung dieser Zinsen sind aber nicht die Ausgaben der Haushalte, sondern die jeweiligen Vermögensbestände, die sich jedoch immer mehr bei der reichen Minderheit konzentrieren.

Diese zunehmende Umverteilung erklärt nicht nur die zunehmenden sozialen Probleme in den Ländern, sondern auch den ständigen Ruf nach mehr Wirtschaftswachstum! Denn nur wenn dieses Wirtschaftswachstum über die Zuwachsraten der zu verzinsenden Kapitalbestände hinaussteigt, bzw. in Prozenten gerechnet über den Zinssätzen liegt, wäre diesem sozialen Kollaps zu entgehen. Zweifellos gibt es auch bei den Menschen einen Drang zu mehr Wachstum, vor allem nach langen Zeiten der Entbehrung, wie das auch bei uns nach dem letzten Krieg der Fall gewesen ist. Aber selbst dabei kam es nach und nach zu Sättigungserscheinungen. Nur durch eine Perversion des Marktgeschehens, durch



Umschalten von der Bedarfsdeckung – Sinn jedes Wirtschaftens – auf die Bedarfsweckung, durch die Umerziehung des Menschen vom Gebraucher der Ressourcen zum Verbraucher, konnte damals jenes ständige Wachstum weiter forciert werden. Dass man die Notwendigkeit dieses ständigen Wachstums bereits in den 1960er und 70er Jahren erkannte, zeigt nicht nur das damals installierte Stabilitäts- und Wachstumsgesetz, sondern auch die eingangs zitierten Aussagen führender Politiker: Man hatte also schon frühzeitig erkannt, dass angesichts der zunehmenden Umverteilung von der Arbeit zum Besitz der soziale Friede nur bei ständigem Wirtschaftswachstum gesichert werden kann! Bezeichnet für die Übersättigung der Märkte ist, dass ein solches ständiges Wachstum nur noch mit einer immer größeren Flut an Werbung durchzudrücken ist, die alle Städte verschandelt, die Briefkästen überlastet und selbst in allen Medien, sogar im öffentlichen Fernsehen und im Sport, immer mehr um sich greift. Dabei zeigt sich schon seit langem, dass ein solcher „Ausweg“ aus dem Dilemma von den Menschen kaum noch zu verkraften ist und schon gar nicht von der Natur!

Die Konsequenzen

Sollen die „Bündnis-für-Arbeit-Runden“ und ähnliche Versuche einer gerechteren Verteilung erfolgreich sein, müsste also, neben Arbeitnehmern, Arbeitgebern und dem Staat, auch das Kapital mit an den Tisch und sich ebenso wie die anderen Teilnehmer verpflichten, seine Ansprüche an der Entwicklung des Sozialprodukts auszurichten.

Dieser Anpassungs-Effekt der Kapitalansprüche an die Wirtschaftsleistung würde sich sogar automatisch ergeben, wenn der Knappheitsgewinn des Geldes, der Zins, ein echter Marktpreis wäre und genauso mit den Sättigungsentwicklungen in der Wirtschaft gegen Null sinken würde, wie das bei den Knappheitsgewinnen auf den Gütermärkten der Fall ist. Und zustande käme dieser Effekt, wenn man die heutige Möglichkeit des Geldes unterbinden würde, sich bei sinken-

den Zinssätzen von den Kapitalmärkten zurück zu ziehen und über diese künstliche Verknappung des Geldangebotes den Zins marktwidrig hoch zu halten. Erreichbar wäre eine solche Anpassung an die Marktgesetze durch eine Sicherung des Geldumlaufs, die den regelmäßigen Fluss des Geldes von der Zins- und Inflationshöhe unabhängig macht.

Schon John Maynard Keynes hat in seinem 1936 erschienenen Hauptwerk „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ (in dessen Titel er damals bereits die entscheidenden Problemfelder zusammenfasste!), auf die Notwendigkeit einer solchen Umlaufsicherung hingewiesen. Dabei vertritt Keynes in seinem Buch sogar die Ansicht, dass eine solche Sicherung des Geldumlaufs (von ihm als „carrying costs“ – Geldhaltekosten bezeichnet), zum „sanften Tod des Rentiers“ führen und „der vernünftigste Weg sein würde um allmählich die verschiedenen anstößigen Folgen des Kapitalismus loszuwerden. Denn – wie Keynes weiter schreibt – ein wenig Überlegung wird zeigen, was für gewaltige gesellschaftliche Veränderungen sich aus einem allmählichen Verschwinden eines Verdienstsatzes auf angehäuften Reichtum ergeben. Es würde einem Menschen immer noch freistehen, sein verdientes Einkommen anzuhäufen, mit der Absicht, es an einem späteren Zeitpunkt auszugeben. Aber seine Anhäufung würde nicht wachsen.“

Ohne diese von Keynes mehrfach angesprochene Korrektur in unserem Geldsystem, kann der Zins des Geldes und in Folge des gesamten Kapitals niemals im Gleichschritt mit den Sättigungen in den Volkswirtschaften marktgerecht gegen Null herunter gehen! Es bleibt uns dann nur der letztlich zum Scheitern verurteilte Versuch, den sozialen Frieden durch ständiges hohes Wirtschaftswachstum noch eine Weile zu retten, auch wenn dies immer weniger gelingt und wir damit unsere Umwelt zerstören, am Ende sogar mit Kriegen um die letzten Ressourcen!